

Beschluss des Landrats vom 13.11.2025

Nr. 1412

63. Neuer Bankrat bei der BLKB

2025/493; Protokoll: pw

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) informiert, der Regierungsrat nehme das am Vormittag als dringlich erklärte Postulat entgegen, möchte aber noch eine Erklärung dazu abgeben.

Regierungspräsident **Anton Lauber** (Die Mitte) sagt, der Regierungsrat sei an der Arbeit und habe einen Fahrplan. Es wurden bereits viele Abklärungen zu den Abläufen getroffen. Es bestehen rechtliche Vorgaben, die berücksichtigt werden müssen, ebenso die FINMA, die ein Wörtchen mitzureden hat, und die kantonale Gesetzgebung. Es handelt sich schliesslich um eine Bank. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass man sich auf dem richtigen Pfad befinde, um das angesprochene Vertrauen wieder herstellen zu können. Mit einem wilden Ringen wird aber nicht unbedingt mehr Vertrauen geschaffen. Vielmehr sollte mit Bedacht und Übersicht vorgegangen werden, um den Schaden nicht unnötig zu vergrössern. Unüberlegtes Handeln ist schwierig, weshalb der Regierungsrat sich auf der Zeitachse genaue Gedanken zum weiteren Vorgehen gemacht hat.

Wie bereits am Vormittag dargelegt, gab es eine Vakanz im Bankratspräsidium, weshalb ein Bankratspräsidium ad interim eingesetzt wurde. Dieses hat den Auftrag, das neue Präsidium zu wählen und diese Wahlvorgänge zu überwachen und zu begleiten. Anschliessend soll es Aufgabe des neuen Präsidiums sein, den Bankrat zu erneuern. Wie sieht der zeitliche Ablauf aus? Das Nominations-Komitee bildet gemeinsam mit dem Regierungsrat eine Findungskommission für das neue Bankratspräsidium. Bis allerspätestens Mitte des nächsten Jahres, 30.06.2026, soll dies abgeschlossen sein. Das neu gewählte Präsidium soll dann im Rahmen der Gesamterneuerungswahlen per 01.07.2027 den Bankrat neu zusammenstellen. Die Amtsdauern der Bankratsmitglieder laufen automatisch per 30.06.2027 ab. Würden die Neuwahlen bereits früher angesetzt, würde es sich um eine Abberufung handeln. Dabei würde es sich um einen politischen Eingriff in einen Bankrat handeln. Dieser müsste sehr gut überlegt und vorbereitet sowie letztlich auch sehr gut begründet werden können. Eine Abberufung sollte vor allem auch keine Vorverurteilung sein. Denn eine PUK soll ja noch ihre Arbeit aufnehmen und gleichzeitig war heute die Rede von Verantwortlichkeitsklagen. Im schweizerischen Rechtsstaat sollte die Möglichkeit gegeben sein, zuerst diese Verfahren abzuschliessen, bevor schon von Konsequenzen gesprochen wird. Dies muss man sich überlegen und muss vom Regierungsrat bei einer allfälligen Verkürzung der Amtsdauer berücksichtigt werden. Weiter stellt sich die Frage, ob es im Vorstoss um alle Bankratsmitglieder geht oder nur um Teile des Bankrats. Zur Stabilisierung der Kantonalbank wäre es sicher nicht dienlich, in einer Hauruckübung den gesamten Bankrat auszuwechseln. Mit Blick auf die Zeitachse ist zudem festzustellen, dass dies gar nicht von heute auf morgen möglich wäre. Das heisst, es muss beziehungsweise darf mit dem aktuellen Bankrat gearbeitet werden, bis der neue Bankrat operativ ist. Regierungspräsident Anton Lauber weiss nicht, ob mit dem Tempoteufel mehr herausgeholt werden kann als im geplanten Vorgehen.

Der Bankrat hat sich bislang der Verantwortung gestellt. Als der gw&p-Bericht in Auftrag gegeben wurde, war von vielen Seite Häme zu hören, dass es sich ohnehin nur um ein Gefälligkeitsgutachten handle, das nichts auf den Punkt bringen würde. Das Erstaunen war umso grösser, als der vom Bankrat in Auftrag gegebene und durch diesen auch publizierte gw&p-Bericht vorlag. Aus Sicht des Regierungsrats verfügt er derzeit über einen Bankrat, der sich den aktuellen Fragen und der Situation stellt.

Wichtig ist zudem, dass die Bank gut funktioniert. Die BLKB weist eine sehr gute Performance auf. Sie ist vielleicht nicht die beste Bank der Welt oder der Schweiz und vielleicht auch nicht die

schnellste, aber immerhin über 50 % der Baselbieterinnen und Baselbieter haben ein Konto bei ihr und über 50 % der hiesigen KMU sind bei der BLKB finanziert. Die BLKB ist eine gute und solide Bank. Es ist richtig, dass das Investment Fragen aufwirft, diesen aber nachgegangen wird. Regierungspräsident Anton Lauber hatte bereits beim ersten Interview am 7. Juli 2025 gesagt, dass sich der Regierungsrat nicht gegen eine PUK stellen werde. Der Regierungsrat steht einer PUK offen gegenüber – dies tut in diesem Sinne auch der Bankrat. Wichtig ist, dass ein Rhythmus gefunden wird. Verlässt nun Marco Primavesi den Bankrat, dann besteht dieser noch aus sieben Mitgliedern, was das Minimum darstellt. Käme es erneut zu einem Wechsel, wäre man unter dem gesetzlichen Minimum. Ein Wechsel, wenn man dabei seriös vorgeht, benötigt seine Zeit. Einige Bankrätinnen und Bankräte sind seit 2019, andere erst seit 2023 oder seit 2024 Mitglied. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob einzelne herausgepickt werden und in eine grössere Verantwortung gestellt werden sollten als andere. Es gilt, fair zu handeln. Letztlich befindet man sich in einem Rechtsstaat und handelt nach den gesetzlichen Grundlagen und nach bestem Wissen und Gewissen.

Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat zu beantworten, und wird sich Mühe geben, dies möglichst zeitnah zu tun. Denn ihm ist die Auslegeordnung ebenfalls wichtig. Man ist zwar bereits an der Arbeit, aber kann trotzdem immer wieder darüber diskutieren, wie es vielleicht noch ein wenig besser gemacht werden könnte. Regierungspräsident Anton Lauber hatte es anders verstanden, war nun aber froh, von Marco Agostini zu hören, dass es nicht darum geht, das CEO-Auswahlverfahren zu stoppen. Dies wäre nämlich fatal. Im Vorstoss geht es darum, dass Verfahren aufzuzeigen, wie im Bereich der Bankführung vorwärtsgegangen werden kann. Allzu viel Tempo ist bei der Postulatsbeantwortung aber auch nicht möglich, da der Regierungsrat sich rückversichern muss. Wie von Balz-Stückelberger am Vormittag dargelegt, handelt es sich um eine Bank und es kann nicht einfach alles erzählt werden, was man noch gerne wissen möchte. Der Regierungsrat wird mit der FINMA Kontakt aufnehmen, um die Spielregeln seitens Bankenaufsicht abzuklären. Denn es besteht ein Stück weit eine Schnittstelle zwischen Politik und Bundesaufsicht über die FINMA. Der Wunsch von Regierungspräsident Anton Lauber ist, die Bank kritisch zu hinterfragen – vor allem den Deal mit Numarics und die Radicant – dies aber im Bewusstsein, dass die BLKB eine gute Kantonalbank mit einer guten Performance und guten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist. Aktuell steht sie aus Sicht des Redners auch unter einer guten Führung. Dies zeigt auch der Halbjahresabschluss. Regierungspräsident Anton Lauber wagt vorsichtig die Aussage, dass die BLKB aktuell nicht allzu viel Vertrauen verloren hat. Dazu muss Sorge getragen werden. Dazu gehört, in die Zukunft zu schauen, aber auch die Vergangenheit aufzuarbeiten.

://: Das Postulat wird stillschweigend überwiesen.
